

Jahreswort 2018 von Olaf Thomas Opelt (25.11.2018)

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

am 28.11.2018, also am kommenden Mittwoch, ist es nun 100 Jahre her, dass der deutsche Thron vakant ist. Oh Entschuldigung, habe ich auch erst mit 40 Jahren erfahren, was das bedeutet. Vakant heißt herrscherlos. Und nun bin ich ja schon wieder auf dem falschen Fuß, denn nichts ist so wie es scheint.

Am 28.11.1918 hat KW II. samt seinem Thronfolger den Verzicht auf den deutschen Thron erklärt. Im Zuge dessen alle anderen Fürsten und andere Herrscher in den Bundesstaaten des Deutschen Reichs, das 1871 mit einer Verfassung gegründet wurde. Damit trat diese Verfassung außer Kraft. In einem Staatsstreich hat der dazu extra kurzfristig eingesetzte Kanzler Max von Baden bereits am 09.11.1918 den Thronverzicht von KW II. erklärt, dies aber nur um den Waffenstillstand am 11.11.1918 in der 80 km von Paris entfernten Kleinstadt Compiègne schließen zu können. Man könnte meinen, dass seit dem das närrische Treiben durchweg herrscht. Närrisch, nicht in Bezug auf froh und heiter, sondern in Bezug auf verwirrt bis hin zu geistig krank.

Die Vorbereitung für die geistige Krankheit war die Ausrufung der Republik am 09.11.1918 in Berlin. Die Ausrufung war von Karl-Liebknecht um 16 Uhr geplant und fand auch um diese Uhrzeit im Lustgarten des Berliner Stadtschlosses statt.

Die SPD sah sich hier in die Enge getrieben und bangte um den Verlust der Macht, die sie unter anderem mit Noske durchboxte und ließ durch Scheidemann einfach vom Reichstag aus die Verkündung der Republik zwei Stunden früher stattfinden. Der vermeintliche Beginn der Revolution durch den Matrosenaufstand war anfangs nichts weiter als eine Hungerrevolte der Mannschaften, die trotz ihren scharfen Dienst tagelang nichts zu essen bekamen und auch vorher schon sehr knapp in der Menage gehalten wurden. Dass diese Revolte dann als Revolutionsbeginn bezeichnet wurde, passt in den Nutzen der wichtigen Männer.

Wie von mir immer wieder vermeint, ist die SPD eine Schöpfung der wichtigen Männer; und man kann daher daraus folgern, dass die Vertreter der Kommunisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg deswegen ermordet wurden, um deren Machtanspruch zu beseitigen.

Im weiteren Verlauf musste die Weimarer Verfassung geschaffen werden, um den Versailler Vertrag, der die Alleinschuld Deutschlands für den WK1 im Art. 231 festschrieb, in Kraft treten zu lassen, um damit endlich die Hungerblockade gegen den deutschen Staat zu beseitigen, die hunderttausenden Menschen das Leben gekostet hat. Sieht man da nicht die Parallele bis in die heutige Zeit, bis zu den böartigen Ausuferungen im Jemen?

Im Januar 1919 war es soweit, die Wahl zur Nationalversammlung fand statt.

Bereits diese Wahl war eine Verhältniswahl, also eine mittelbare, mit dem einen Vorteil, dass Frauen in Deutschland das erste Mal an die Wahlurne treten durften. Unzählige Gesetze für diese Wahl wurden geschaffen und jawohl, auch Volksentscheide im ganzen Reich gab es dann mit dieser Verfassung. Der eigentliche Volksentscheid aber, mit dem die Verfassung vom Volk in Kraft gesetzt hätte werden müssen, hat nicht stattgefunden.

Am 31.07.1919 wurde durch die Mehrheit im Reichstag die endgültige Fassung beschlossen, am 11.08.1919 vom Reichspräsident Ebert (SPD) unterschrieben und trat am 14.08.1919 durch Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt statt.

In kraft getreten ist die WV somit nur rein formal eben wegen Fehlens der Entscheidung des deutschen Volks. Diese Verfassung führt dann in die „Goldenen Zwanziger Jahre“; golden zumindest für die wichtigen Männer, aufgrund der Alleinschuld Deutschland und die damit verbunden Reparationen, sowie der Aufschwung der Profite in der Industrie, die immer mehr und großflächiger mit US-Konzernen besetzt wurde. So u.a. Ford, GM mit der Übernahme von Opel, und nicht zu vergessen die Entstehung der IG-Farben und deren weltweite Marktteilung mit der Rockefeller Standard-Oil, die dazu führte, dass beide Konzerne ineinander verflochten wurden. Und wieder eine Parallele, die sich in die heutige Zeit zieht, die Verflechtung von Monsanto und Bayer um hauptsächlich Verluste umzulegen um bei Schadenersatzklagen, die in einer Firmenpleite enden, den Bewohnern des Bundesgebiets die Kosten aufs Auge zu drücken.

In der Weimarer Verfassung waren die sog. Notstandsgesetze beinhaltet, auf die dann Hitler und seine Helfershelfer die Ermächtigungsgesetze erlassen haben. Hitler, ein Auswurf des WK 1, der im Gegensatz zu vielen anderen in der Reichswehr behalten wurde, die der Fuchtel der Ententemächte unterworfen war. Hitler wurde zum Agitator ausgebildet und in die NSDAP eingeführt, wo er seine Reden schwingen durfte und durch die sog. Saalpolizei geschützt wurde. Im Gegensatz dazu fielen diese Schergen in andere Versammlungen ein, sprengten diese und gewannen so nach und nach eine gewisse Macht, zumindest in München, die zu einem Hochmut führte und mit diesem zum Marsch auf die Feldherrenhalle. Die Feldherrenhalle in München an dieser der Marsch, der nun bis nach Berlin gehen sollte, gestoppt wurde. Hitler kam dann in luxuriöse Festungshaft um in dieser den ersten Band von „Mein Kampf“ mit Hilfe von Göring schreiben zu dürfen. Wichtiger war dabei, dass er in die Spur der wichtigen Männer gebracht wurde, die Spur, die 1925 in die Neugründung der NSDAP führte. Dieser Partei aber fehlte dann jeglicher nationalsozialistischer Hintergrund wie es Bernt Engelmann in seinem Buch „[Einig gegen Recht und Freiheit](#)“ (S. 359) deutlich ausführte. Immer wieder ist darauf hinzuweisen, dass Sozialismus nichts, [aber auch gar nichts mit Kapitalismus, aber auch nichts mit Kommunismus zu tun hat](#). Sozialismus ist auch nicht die Vorstufe von Kommunismus.

Da die katholische Kirche bereits mit Bayern ein Konkordat geschlossen hatte, sollte dies nun mit ganz Deutschland nachgeholt werden. Da Hitler der katholischen Religion frönte und wahrscheinlich für diese hier die einzige Steuer abführte, ist natürlich auch der Papst in seiner [Unfehlbarkeit](#) auf diesen Verbrecher aufmerksam geworden und man hat ihn einen vatikanischen Agenten an die Seite gestellt um ihn zur Macht zu führen, wofür er ein Reichskonkordat in Aussicht stellte, das es dann für den Vatikan im Juli 1933 tatsächlich gab um fragwürdiger Weise unter einem sog. religionsfreien GG nach wie vor gilt. Hier kommt die Ewigkeitsklausel des Art. 140 GG zur Hilfe, der fünf Art. der Weimarer Verfassung übernimmt und dabei den Kirchen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts zuspricht. Hier geht die Narretei tatsächlich in die Geisteskrankheit über.

Wie bereits bekannt hat Hitler über die nicht rechtlich in Kraft getretene Weimarer Verfassung seine Machtergreifung nur unter Beihilfe der katholischen Zentrumsparterie (später CDU/CSU) zelebrieren können, weil diese vom Papst den Rückzugsbefehl bekam und die Reichstagsmandate auf die Hitlerpartei übergingen. Anstatt dem Volk wie versprochen eine neue Verfassung zu schaffen, schufen die Hitlerganoven auf die Notstandsgesetze der WV ihre Ermächtigungsgesetz, die den Anfang des Ende des Tausendjährigen Reichs einläuteten. Da nutzten dann auch die Olympischen Spiele und viele andere Augenwischereien nicht mehr. Über die Münchner Verhandlungen der

Besetzung der Resttschechei , der Einmarsch nach Polen lief es genauso wie es sich die heimatlosen Zionisten erträumt hatten. Der Einmarsch nach Polen unter dem Vorwand , dass die Piłsudski Polen mordeten und brandschatzten, ist wohl doch auch ein Schleier der Maja, denn diesen Piłsudski Horden hätte man auch anders das böse Handwerk legen können. Aber das wäre weniger von Nutzen um die Kriegsbereitschaft der Deutschen zu schüren, wofür es die von den Piłsudski Horden ermordeten Schwestern und Brüder gebraucht hat. Weiter ging es im Westfeldzug mit ungeheurere Fragwürdigkeit; beim Panzerdurchbruch in den Ardennen, beim Entweichen lassen britischer Truppen, der Kollaborationsregierung von Vichy und die Neutralität der Schweiz, wo sich die US-Mächtigen mit den Hitlerfaschisten trafen um Geschäfte auszuhandeln sowie das Raubgold der Faschisten zu bunkern.

Mit dem Hitler-Stalin-Pakt hat sich Hitler Polen genommen, wobei Stalin sich nur die Teile des russischen Reichs zurückholte, was die Piłsudski polen unter Mithilfe von Frankreich und Großbritannien in den 1920er Jahren von der Sowjetunion geraubt hatten.

Der Vormarsch nach Russland, der sog. Blitzkrieg, blieb in Lenigrad, vor Moskau und in Stalingrad stecken. Stalingrad wurde gebraucht um den Weg zum Erdöl des Kaukasus (Asserbaishan) in die Hände zu bekommen. Doch das war nicht im Willen der Hintermänner und so wurde die Sowjetunion unter Stalin von der FED mit Gold unterstützt um hinterm Ural Rüstungswerke im Eiltempo aufzubauen, in denen dann die legendären T34 sprichwörtlich aus einem Stück Eisen geschmiedet wurden und später die Raketenwerfer (Katjuscha) gebaut wurden, die den Hitlertruppen das Laufen lernen sollten.

Ebenfalls wurden aus dem fernen Osten Unmengen von jungen Menschen an die Front geworfen und im Krieg verheizt. Diesen jungen Menschen ohne größere Bildung wurden nun die Gräueltaten der Faschisten in der Sowjetunion mehr als verdeutlicht, auch um von den eigenen Gräueltaten Stalins und vor allem Berijas abzulenken. Unter Führung Berijas, dem Geheimdienstchef Stalins, wurden diese jungen Menschen so aufgehetzt, dass sie als mordender Mob die Sowjetunion freikämpften, Ostpreußen plattwalzten um auf Berlin zu ziehen , das vorher schon von anglo-amerikanischen Bombern besucht wurde. Über diese Zeit wird in einer Zeit, in der die Wahrheit wieder regiert, viel aufzuarbeiten sein, um die ganzen Merkwürdigkeiten aufzuklären und Zusammenhänge die Tatsachen aufzeigen herzustellen. Das kann derzeit nicht geschehen, da der Sieger die Geschichte schreibt und sie mit Inquisitionsmethoden verteidigt.

So war es dann 1945 gang und gäbe, dass jene, die sich nicht unterwerfen wollten, strengsten Gerichten übergeben wurden und andere, die für ihr Heil den Mantel in den Wind hängten, bei den neuen Herren Unterschlupf fanden. Wieder eine Parallele zum Jahr 1989/90 als es die Wendehälse wie Sand am Meer gab.

Die neuen Herren, die mit der [Erklärung vom 05.06.1945 die Macht](#) in Deutschland übernahmen.

Sie brachten (und hier ist wieder eine Parallele zu der Hungersnot 1918/19) den Hunger und vor allem im Winter 1946/47. Weit vor Kriegsende hat Morgenthau eine Plan erstellt, mit dem Deutschland aus dem Industriezeitalter in ein landwirtschaftliches Nichts zurück versetzt werden sollte. Da die Landwirtschaft eine sehr hohe Bedeutung hat, sollte man hier das „Nichts“ nicht missverstehen, sondern erkennen, dass ohne all die Erkenntnisse, die die Neuzeit mit sich bringt, die heutige Landwirtschaft nicht mehr betrieben werden könnte und das vor allem naturnah. Also den Menschen die Technik und wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Hand gibt, um Mensch, Vieh und Pflanzen bestmöglich miteinander zu verbinden, dem eine industrielle Landwirtschaft vollkommen widerspricht. Da der Morgenthau-Plan aber den wichtigen Männern den Nutzen des Profits nicht erfüllt hätte, kam der Schlauberger Marshall und sein Plan zur Geltung. Dieser konnte auf die Vorausplanung des Hitlerregimes, die bereits seit 1944 für die Zeit nach dem Krieg plante, aufbauen. Einer dieser Vordenker war Ludwig Erhard, der dann der Macher des Wirtschaftswunders werden durfte. In diesem Marshallplan war aber auch bereits die Umstellung der Reichsmark

inbegriffen. Mit dieser Umstellung auf die D-Mark 1948 wurde den Menschen noch einmal soviel genommen, dass ihnen fast nicht mehr das Hemd auf dem Leib blieb. Da man aus den Nachkriegswirren des WK1 seitens der Mächtigen gelernt hat, wurde auch eine Umerziehung des deutschen Volks in Angriff genommen. Einen baldigen Friedensschluss hat man seitens der Westmächte verhindert, da die mit hohem finanziellen Aufwand geschaffene Sowjetunion zwar am Anfang das Geplante, die Zerstörung des zaristischen Russlands erfolgreich schaffte, aber dann durch Stalin und seinem eigenen Machtdünkel nicht mehr gelenkt werden konnte, wie man sich das einbildete. Zwar hat man in Jalta und danach in London noch gemeinsam am Tisch gesessen um letztendlich im Potsdamer Cecilienhof dem deutschen Volk zu erklären, was man von ihm erwartete, aber war sich schon das nicht mehr im grünen.

Weitere Einwirkungen in das deutsche Geschick wurden durch Marionettenwechsel ausgelöst. Ein notwendiger durch das Ableben von Roosevelt, der durch Truman ersetzt wurde und ein weiterer, weil der Günstling Churchill durch den im Moment ergiebigeren Attlee ausgetauscht wurde. Attlee, ein Fabianer, die seit Jahrzehnten in England einen vermeintlichen Sozialismus predigten, der aber keiner war, sondern nur Blendwerk um die Arbeiter- und Bauernschaft in die Fänge zu bekommen, gewann die Wahlschlacht gegen Churchill. Da dieser aber den Zionisten, insbesondere den heimatlosen Zionisten, seit 1939 ergebungsvoll diente und sich besser für ein Israel auf palästinensischem Boden eingesetzt hat, durfte er 1951 wieder Premier werden.

1948 wurde dann die D-Mark eingeführt, mit der die Westmächte klar ihren bevorzugten Weg aufzeigten und immer mehr in das Zerwürfnis mit der Sowjetunion steuerten, da dieses vor allem im Kontrollrat der vier Mächte Auswirkung zeigte und den sowjetischen Vertreter die Mitsprache unmöglich gemacht wurde, verließ Marschall Sokolowski diese Versammlung ohne dass diese aufgelöst wurde. Es hat sich die Bizone zwischen der US- und GB-Zone gebildet, wobei es eine Trizone, die auch noch besungen wurde, nicht gab. Die französische Zone trat erst am 07.09.1949 dem Grundgesetz und somit dem Artikel 23 bei, was im Militärgesetz zu ersehen ist. Dieser Tag wurde dann der sog. „Tag 1“ genannt. Also die Geburtsstunde der staatsrechtlichen Verwaltung der drei Westzonen nach Art. 43 HLKO. Dieses Gebilde was Bundesrepublik Deutschland genannt wurde, wurde klar wegen seiner Fragwürdigkeit durch den Staatsrechtler Dr. jur. Friedrich Giese Bundesrepublik in Deutschland genannt, da der deutsche Staat weder aufgelöst noch untergegangen war und der deutsche Staat, das Deutsche Reich, in der Begriffserklärung des SHAEF-Gesetz Nr. 52 in seinen Grenzen vom 31.12.1937 Deutschland genannt wurde.

Die Grenzen vom 31.12.1937 bezeichnen das Gebiet der Weimarer Republik, die aufgrund des Schanddiktats von Versailles bestand und das völkerrechtswidrig. Völkerrechtswidrig nicht zuletzt durch die Erpressungen des deutschen Volks, was die Sittenwidrigkeit aufzeigt, sondern auch mit der Missachtung von Volksentscheiden wie z.B. in Schlesien, wo gegen den Volksentscheid das Industriegebiets Schlesiens abgetrennt und Polen angegliedert wurde.

Im Zuge der Gründung wurde durch die Sowjetunion die Ostzone nach der Planung der vier Mächte für alle vier Zonen allein zu dem Gebildet DDR gemacht. Die Gründung dieser ebenfalls staatsrechtlichen Verwaltung erfolgte dann am 07.10.1949.

Was Opelt, Planung der DDR durch alle vier Mächte für alle vier Zonen? Ja, denn die sog. Verfassungen der Länder der Jahre 1946/47 und das Grundgesetz sowie auch die DDR-Verfassung aus dem Jahr 1949 sind aus einem Holz geschnitzt oder anders gesagt, Schwestern. Das erkennt man, wenn man sich in diese etwas weiter einarbeitet.

So haben u.a. die Verfassung des Landes Bayern von 1946, des Landes Sachsen von 1947 sowie das Grundgesetz und die DDR-Verfassung in punkto Besatzungs- und Völkerrecht sehr ähnliche Vorschriften.

Aufzählung:

	Völkerrecht (Art.)	Besatzungsrecht (Art.)
DDR Verfassung 1949	5	144
Sächsischen Verf. 1947	68	25
Grundgesetz 1949	25	139
Bayerische Verf. 1946	84	184

Aber auch die anderen Vorschriften zwecks der Regierung, der Finanzen usw. sind sehr ähnlich. Es gleicht sich also Ost und West und in den Ländern.

Vor einem Jahr wurde ich auf einen Fehler hingewiesen, der mir weil ich mit Sicherheit nicht allwissend bin, unterlief. Der Fehler bezog sich auf die hessische Verfassung, die ebenfalls aus dem Jahr 1946 stammt, ich sie aber für später entstanden erklärte. Siehe da, auch in dieser Verfassung sind im Art. 67 das Völkerrecht und Art. 158 das Besatzungsrecht in ähnlicher Form festgehalten. Der Höhepunkt der hessischen Verfassung aber ist, dass diese im Art. 21 nach wie vor die Todesstrafe enthält, obwohl diese schon mehrmals getilgt werden sollte und erst vor kurzem wieder im Gespräch war, man aber nichts mehr davon hört, da die Hessenwahl nun einmal wieder überstanden ist.

Die Sowjetunion hatte vorgesehen mit Gesamtdeutschland schnellstmöglich einen Friedensvertrag herbeizuführen. Dafür gibt es in entsprechender Literatur mehr als genug Hinweise. Ein wichtiger Hinweis aber ist der Absatz 2 des Art. 25 der sächsischen Verfassung aus dem Jahr 1947, in dem es folgend lautet: „(2) Die Bestimmungen dieses Artikel 25 dürfen nach dem 31. Dezember 1950 nicht mehr angewendet werden.“

Es wurde damals bestimmt und zwar aufgrund der besatzungsrechtlichen Hoheit, mit denen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als ganzes bestanden, dass Ende 1950 Besatzungsvorschriften nicht mehr zu gelten hätten, was aber dann wie oben bereits erwähnt, durch die herzlichsten Bemühungen der Westmächte verhindert wurde.

Die Entstehung des Grundgesetzes für die BRiD ist wie oben erläutert über die Verhandlungen der drei Mächte USA, GB und SU vorgeschrieben worden, obwohl wie oben schon erwähnt für Gesamtdeutschland mit dem Namen Deutsche demokratische Republik.

So kam es dann zum Befehl, dass entsprechende Herrschaften sich im August 1948 auf Herrenchiemsee zu treffen hätten. Dort wurden die Vorgaben der Besatzer geordnet um sie hernach vom Parlamentarischen Rat, der dann in Bonn saß, weiter ordnen zu lassen.

Wie es schon Carlo Schmid von der SPD sagte, war diese Versammlung (Parlamentarischer Rat) nicht befugt einen neuen Staat zu schaffen, sondern eine [Grundlage für die Nachkriegsordnung.](#)

Zitat: "Wir sind bei der Errichtung dieses Notbaus nur zum Teil Herren unserer Entschlüsse gewesen. Die Besatzungsmächte haben uns Auflagen erteilt( ... ) Das ist nicht gut gewesen."

Was daraus heutzutage die Vorlage für die Schulbildung macht, ist eine erschreckende Verblödung. Kein Wort ist vom Genehmigungsschreiben der drei Westbesitzer dort zu lesen und schon gleich gar nicht, dass in diesem Genehmigungsschreiben Vorbehaltsrechte vorgeschrieben waren, die 1990 zur Aufhebung des Art. 23 in Anspruch genommen wurden. Richtig steht dort, dass das GG am 23.05.1949 in Kraft getreten ist (Veröffentlichung im BGBl. I), aber wieder böse verlogen, dass damit zeitgleich der **Staat** BRD entstanden wäre. Die BRD war weder vor 1990 und ist nach 1990 kein Staat. Sie war eine staatsrechtliche Verwaltung nach Art. 43 HLKO und seit 1990 ohne rechtsgültiges GG im Status eines Außengebiets/Kolonie. Die staatsrechtliche Verwaltung entstand aber erst mit dem ersten Zusammentreten des Bundestages am 07.09.1949, also glatt vier Monate später, was nichts mit zeitgleich zu tun hat.

Im Zuge dessen wurde die Montanunion gegründet, der Vorläufer der Europäischen Union/neuen Reich, das über die Zwischenstufe der sog. Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelaufen ist. Wieder im Zuge dessen wurden die Verhandlungen aufgenommen, die die drei Westzonen in die Nato einzugliedern. Dafür wurde dann dieses Gebilde für angeblich souverän erklärt, obwohl 1955 der Deutschlandvertrag, auch Überleitungsvertrag genannt, das Besatzungsrecht klar weiter festschrieb, somit der Mangel Organisation handlungsunfähige Staat, siehe Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Grundgesetzgericht) vom 31.07.1973, AZ: 2 BvF1/73 nach wie vor weiter nichts war als eine staatsrechtliche Verwaltung. Genau dasselbe traf auf den sowjetisch besetzten Teil, der DDR genannt wurde, zu; auch wenn es in der Erklärung der Sowjetunion vom 25.03.1954, die in den Vertrag vom 20.09.1955 einfluss, vollmundig hieß: „Die Sowjetunion nimmt mit der Deutschen Demokratischen Republik die gleichen Beziehungen auf wie mit anderen souveränen Staaten.“ Wohl gemerkt bedeutet dies nicht, dass man die DDR als Souverän erklärt hat, sondern sie nur so behandelt wie andere souveräne Staaten. Der dazu folgende Vertrag von 1955 war das Gegenstück des Deutschlandvertrags der drei Westmächte mit der BRiD.

Von den anderen Teilen des deutschen Staats, die nach dem WK2 abgetrennt wurden, ganz zu schweigen. Das wird letztendlich damit unterlegt, dass alle vier Besatzungsmächte immer wieder zusammenkamen um über Berlin und Deutschland als Ganzes zu verhandeln bis es zu den sog. 2+4 Verhandlungen 1990 kam. Im Zuge dieser Verhandlungen wurde der Art. 23 GG, der den Geltungsbereich enthielt, aufgehoben. Grundsätzlich heißt es rechtsstaatlich, dass ein Gesetz ohne Geltungsbereich nicht rechtsgültig ist. Beim GG ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass diese Aufhebung wie oben angeführt, über die Vorbehaltsrechte der drei Westmächte, die im Genehmigungsschreiben festgeschrieben waren, geschehen ist. Die 2+4 Verhandlungen sind dann in den „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ eingegangen, der auch als Friedensvertrag bezeichnet wurde.

Ein Institut an der Petersburger Universität sagt im Jahr 2010, dass dieser Vertrag kein Friedensvertrag wäre.

Über die Jahrzehnte immer wieder stattfindenden Verhandlungen gipfelten dann in einer Zusammenkunft am 01.10.1990 in New York, bei der alle vier Besatzungsmächte die Fortgeltung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes erneut erklärten. Im Voraus wurde durch die drei Westmächte mit der zu der Zeit schon rechtlich nicht mehr bestehenden BRD-Regierung am 27./28.09.1990 eine Vereinbarung eingegangen, mit der das BRiD-Regime sich bereit erklärte die weiter gültigen Bestimmungen des Deutschlandvertrags der DDR zwangsweise überzustülpen.

Im Zuge dessen kam es dann am 25.09.1990 zu dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin, mit dem der Deutschlandvertrag in leichter Veränderung festgeschrieben wurde und sich nun, nach dem die DDR mit einer feindlichen Übernahme gekapert war, dieses Übereinkommen in das [Bundesgesetzblatt von 1990](#) gestellt wurde. Um es aber dem jetzigen BRiD-Regime nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, durfte es sich dieses Übereinkommen nochmals unverändert in das [BGBl. von 1994](#) stellen.

Eine wahrhaftige Plage sind die Ausuferungen der BRiD-Mächtigen in Bezug auf das Grundgesetz, denen sie fröhnen durften, solange sie dem Nutzen der [wichtigen Männer](#) nicht widersprachen.

Ein Professor Hans Herbert von Arnim hat sich darüber in einigen Büchern ausgelassen, die sich der rotzige Querulant Opelt ins Hirn gezogen hat. Im Zuge dessen hat er versucht den Professor per E-Post und telefonisch zu erreichen. Alle Versuche verliefen wie die Spuren im Sand, die von der Meeresbrandung verwaschen werden. Bis eines Tages es wahrhaftig geschah, dass er den Professor selbst am Telefon hatte. Die Unterredung fand ganze, ich glaube 30 Sekunden statt; der rQ nannte seinen Namen und der HHA meinte, dass er von meinen Aussagen wüsste aber in Ruhe gelassen werden wolle und damit das Telefongespräch beendete. Meine Meinung über diesen Herrn ist seit dem tief im Keller. Da ich aber für diese heutige Schrift wieder einmal im weltweiten Netz nachsuchte, was der HH eventuell doch zur neuen Präambel sagte, wurde ich in diesem Fall nicht fündig, stieß aber im Zuge dessen auf ein [Gespräch vom ihm und der „freien Welt“ aus dem Jahr 2009](#).

Das Gespräch war also reichlich fünf Jahre nach dem ich ihn am Hörer hatte und ist nun auch schon 9 Jahre alt. Siehe da, in diesem Gespräch fand die Präambel und der Art. 146 GG Eingang. Zu beachten aber ist, dass der HH jeweils die alte Präambel und die alte Fassung des Art. 146 meint.

In seinem Gespräch, das er mit der „freien Welt“ führte ging es um die Defizite des Grundgesetzes und die Mängel der Demokratie in Deutschland.

Im ersten Teil wird er darüber schon recht deutlich und spricht darüber, dass die Oktroi (Privileg) der Besatzungsmächte dem Parlamentarischen Rat veranlasste das Werk nicht Verfassung, sondern Grundgesetz zu nennen. Hier meine ich dass ein Grundgesetz erst wenn es von der Mehrheit der Gesamtheit des Volkes in Kraft gesetzt wurde, Verfassung heißt, somit das Gesetz in einen edlen Stand gehoben ist.

Weiter spricht der HH von der Gleichsetzung der Parteien mit dem Staat.

Was aber ist ein Staat in einer Volksherrschaft? In dieser ist der Staat der einzelne Mensch in seiner Gesamtheit! Also ist es wahrhaft ein Problem in der BRiD, wenn die Parteien mit dem Staat gleichgesetzt werden, was letztendlich bedeutet, dass die Parteien die Menschen ersetzen. Und noch schlimmer, dass die Führungen der Parteien die Parteimitglieder in ihrem Sog hält; und das ganze wird verstärkt, in dem die Führungen sich bereitwillig den wichtigen Männern als Vasallen unterwerfen.

Und warum das alles?

Weil es zum Nutzen der wichtigen Männer ist, aber auch zum Nutzen der Parteiführer um ihre

Geltungs- und Geldgier zu befriedigen. Und das alles insgesamt auf dem Rücken der anderen. Was letztendlich bedeutet, dass sie ihre Glückseligkeit auf dem Leid der anderen aufbauen, frei nach dem Motto- dem einen sein Tod ist dem andern sein Brot-.

Im zweiten Teil wird der HH dann noch etwas strenger in seinen Ausführungen gegen den Missbrauch der Macht durch Parteien.

So wird bemängelt, dass im Laufe der Jahrzehnte die politische Stellung der Landesparlamente immer mehr beschnitten wurde und damit sogar die Staatsqualität der Länder in Frage gestellt wurde.

Au we, spätestens hier kommt die Unzulänglichkeit eines Völkerrechtsprofessors, der dazu noch Verwaltungsrecht studierte, deutlich an die Oberfläche.

Was bedeutet **Staatsqualität**?

Diese Qualität beruht auf drei Säulen.

Die **erste Säule** ist das Staatsvolk. Keines der sog. Bundesländer der BRiD hat ein Staatsvolk; selbst die sog. Freistaaten [Bayern](#), Sachsen und Thüringen nicht.

Damit wäre schon mit der ersten fehlenden Säule die Staatsqualität erloschen.

Die **zweite Säule** wäre die Staatssouveränität. Diese ist nicht nur von der BRiD beschnitten, sondern liegt nach wie vor in fremder Hand, wie ich weiter unten noch ausführen werde.

Die **dritte Säule**, die die Staatsqualität stützt, ist das Staatsgebiet.

Wie bekannt sein dürfte, befinden sich viele Länder mit ihrem Gebiet auf dem mit dem [Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 27.02.1947](#) aufgelösten Gebiet des Freistaats Preußen. Und hier kommt es zu einer nochmaligen Unzulänglichkeit, denn der Freistaat Preußen ging aus der Weimarer Verfassung hervor, die vom Volk nicht in Kraft gesetzt wurde, somit eigentlich völkerrechtlich weiterhin das Königreich Preußen ist, dem aber weitere Teile abgetrennt wurden. Nicht zuletzt ist das ein sehr triftiger Grund, der wiederum aufgrund des fortgebildeten Völkerrechts die Neuorganisation des deutschen Staats bedarf.

Es ist also nicht eine der Säulen den sog. Bundesländern innewohnend. Wobei nach der Ausarbeitung der [Europa-Verdringung Frankfurt/Oder](#) bereits ein fehlendes Element die Staatsqualität erlöschen lässt.

Nehmen wir die Bezeichnung Republik näher unter die Lupe.

Da [schreibt doch der Duden](#), dass dies eine Staatsform wäre, letztendlich also selbst ein Freistaat.

Was aber hat das 3 x G 1973 verlauten lassen? Dass die BRiD ihr Gebiet auf den Geltungsbereich des GG beschränkt. Nun fehlt aber wegen Aufhebung des Art. 23 GG der Geltungsbereich, wobei im [Art. 144 GG](#) immer noch darauf hingewiesen wird. Dafür aber steht der Geltungsbereich seit 1990 in der neuen Präambel, was aber wieder den Makel hat, dass eine Präambel nur eine erklärende Wirkung und keine setzende Kraft hat.

Weitere Ausführungen werde ich unten dazu geben. Der HH meint, dass der bürokratische Föderalismus den Eindruck erweckt, ein Postenvervielfältigungsprogramm zu sein, was auch ausdrückt, dass die Bürokratie völlig überhand nimmt, was der politischen Klasse aufgrund des verlängerten Futtertrogs zu passe kommt.

Und dann sagt dor HH wörtlich: „Nach 60 Jahren Demokratieerfahrung im Westen und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution im Osten sollte niemand mehr dem deutschen Volk die demokratische Reife absprechen dürfen.“

Demokratische Reife? Was ist hier gemeint?

Dor HH sagt bei der Freien Welt folgend dazu : „Die politische Lage war durch das niedergedrückte Selbstbewusstsein der Menschen nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch, durch die Teilung Deutschlands und den Ausbruch des kalten Krieges gekennzeichnet, dessen Frontlinie Deutschland zerschnitt und es in die sowjetische und drei westliche Besatzungszonen aufspaltete.“

Nun kann man das Selbstbewusstsein nur mit Verstand unterlegen, der bekanntlich nichts weiter ist als Wissen gepaart mit dem Können das Wissen anzuwenden. Nun gibt es aber zwei Arten das Wissen anzuwenden. Die vernunftbegabte, also im Guten bis hin zum edlen Sinn, oder aber in unvernünftiger Weise, also hintertrieben bis hin zu böartig.

Eine gute Art seinen Verstand einzusetzen ist dann der sog. gesunde Menschenverstand, der sich in der selbstbewussten Eigenverantwortung ausdrückt, die letztendlich zwischenmenschliche Beziehungen auf Augenhöhe und zum gegenseitigen Vorteil zulässt, was dann aus der kleinsten gemeinsamen Zelle der Gesellschaft, die Familie, die im Normalfall durch die Ehe geschützt ist, in den volksherrschaftlichen Staat, also in die gesamte Gemeinschaft der Menschen eingeht und über die hinaus in das Zusammenleben der Völker der Welt. Dazu braucht es dann das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen in der Gemeinschaft, das nicht von Parteien unterdrückt werden darf, schlimmstenfalls sogar entzogen.

Selbstbewusste Eigenverantwortung kann der Mensch in einem volksherrschaftlichen Staat durch Volksentscheide/-befragungen ausdrücken, die in der BRiD zumindest auf Landesebene gegeben ist. Welch ein Schindluder aber mit diesem getrieben wird, konnte man in Bayern erleben als es um die dritte Startbahn am Münchner Flughafen ging, diese mit Volksentscheid abgelehnt wurde, der Volksentscheid aber durch die Regierung als nicht bindend angesehen wird. Das konnte man in Stuttgart sehen, als der Volksentscheid zum Untergrundbahnhof (S21) abgehalten wurde und so ausformuliert, dass es mit Sicherheit zum Nutzen der wichtigen Männer ausging. Dabei aber bei einer friedlichen Demonstration gegen S21 einem Menschen die Augen „ausgespült“ wurden. [120000 E uros](#) hat man ihm als Entschädigung angeboten, selbst schuld war er, meinten zumindest die Verantwortlichen für dieses Verbrechen, weil er versucht hat Jugendliche vor der Polizeiwilkkür zu schützen, weil er sich nicht weggeduckt hätte.

Wird es hier nicht überdeutlich, dass man sich vor der Willkür wegzuducken hat, ansonsten einem das Leben zum Garaus gemacht wird? Davon kann der rQ ganze Bücher schreiben.

Was aber, um aus dem Mitleid wieder aufzutauchen und der selbstbewussten Eigenverantwortung weiter zu frönen, ist mit Volksentscheidungen/-Befragungen im Bundesgebiet? Da gibt es keine Bestimmung im GG und somit sind diese hinfällig, egal um was es geht. Wichtig wären Volksentscheide für den Beitritt zur Nato gewesen, für den Beitritt zum Maastrichtvertrag.

Dazu sagt dor HH in seinem Buch (Vom schönen Schein der Demokratie), dass der Art. 23 GG neue Fassung von den Bundesländern erzwungener Maßen vor dem Maastrichtvertrag eingefügt werden musste.

Zwecks des Wechsels vom Maastrichtvertrag zum Lissabonvertrag wegen der Ablehnung des ersteren durch das französische und niederländische Volk war dann in der BRiD für das Volk gar

nichts mehr zu sagen, weil es die Parteimächtigen in ihrem Auftrag, der ihre Pfründe sichert, den Lissabonvertrag glatt durchwinken. So bezeichnet der HH diese Parteienstruktur als eine Allparteienkoalition. Ich gehe etwas weiter und sage dazu gleichgeschaltete Parteiendiktatur. Die Diktatur auf deren Führer bezogen.

Zurück in den Gedanken zu einem Friedensvertrag.

Schauen wir doch einmal in den Art. 79 GG. Dort steht, dass zu einer Friedensregelung bzw. zum Abbau von Besatzungsrecht es genügen würde, dass dies den anderen Vorschriften des GG nicht widerspräche.

Und dann schauen wir doch einmal in den Art 139 GG, der früher einmal als Befreiungsgesetz betitelt war. Dort sind die Besatzungsvorschriften nach wie vor festgeschrieben. Wie kann dann aber der sog. 2+4 Vertrag eigentlich „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ ein Friedensvertrag sein, wenn doch in den Gesetzblättern nach wie vor das Übereinkommen zur Berlinregelung immer noch stehen? Mitnichten ist dieser 2+4 Vertrag ein Friedensvertrag wie es schon das Institut der Petersburger Universität aufzeigte. Und der rQ hatte daraufhin nichts weiter zu tun als sich Nacht für Nacht hinzusetzen, um die Gesetzes- und Vertragstexte zu diesem Vertrag und der deutschen „Einigung“ zu studieren, bis er Ende 2012 darauf kam, dass aufgrund unheilbarer Widersprüche weder der 2+4 Vertrag noch der Einigungsvertrag in Kraft treten konnten. Dies legte er dann [2013 mit der Bürgerklage](#) dem 3 x G vor und im Zuge dessen allen anderen Verwaltungen, also auch allen anderen Gerichten, mit denen der rQ zu tun hatte. Bis dato ist diese [Beweisführung](#) unwiderlegt.

Jetzt wäre das alles kein Problem, wenn diese beiden Verträge, der Einigungsvertrag und der 2+4 Vertrag, nicht in Kraft getreten wären, denn aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker wäre es dem deutschen Volk 1990 möglich gewesen sich eine Verfassung zu geben. Und jetzt kommen wir wieder zum HH und der neuen Präambel zum GG. Nichts aber auch gar nichts sagt der HH zur neuen Präambel und der groben Lüge, die in dieser festgezurr ist. Die grobe Lüge, mit der sich das deutsche Volk Kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt das Grundgesetz als Verfassung gegeben habe. Und auch hieran kranken die Gerichte und die staubigen Dienststuben der Verwaltungen und deshalb zwingen sie die Menschen zum Wegducken und bringen immer wieder den Schuldskult bis zum Abkotzen.

Wobei sie aber sich nicht scheuen die Angriffskriege zu zelebrieren, gegen die nicht zuletzt ein deutscher Rechtsanwalt mit [Strafanzeige gegen Merkela & Co.](#) vorgeht.

Uneingenommen, hier eine Bitte von mir, die ich auch schon in anderen Fällen immer wieder gestellt habe. Wem es möglich ist, der besuche die Verhandlung gegen diesen wackeren Rechtsanwalt am [18.12.2018 wie auf seiner Seite unter Aktuelles - in eigener Sache](#) gebeten wird, denn nur mit Menschen, die den Verlauf der Gerichtsverhandlung bezeugen können, werden die Richter zumindest angehalten, bundesrepublikanisches Gesetz nicht zu brechen, denn von gültigem deutschen Recht und Gesetz sowie dem Völkerrecht soll hier gar nicht erst die Rede sein.

Es bleibt doch die Frage, ob all die Schande, ob all das Unwahre, ob all die Unvernunft erst seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes für die BRiD aufgetreten ist?

Wer dieses glaubt, hat den ganzen Text von Anfang an nicht verstanden, denn die wichtigen Männer, sprich die heimatlosen Zionisten, die inzwischen in der obersten Liga, im Komitee der 300 organisiert sind, sind aus den Illuminaten hervorgegangen, die im „Protokoll der Weisen von Zion“,

das natürlich eine Verschwörungstheorie ist, aufzeigen was gehauen und gestochen werden soll. Wer bis hierher nicht begriffen hat, dass der deutsche Thron nicht vakant/herrscherlos ist, sondern von fremden Mächten besetzt, dem ist nicht zu helfen.

Des Griffin nennt dieses Protokoll in seinem Buch „Wer regiert die Welt“ das „neue Testament Satans“. Dort steht auf S. 252f. folgend:

*Wie kann ein gesund und folgerichtig denkender Geist hoffen, die Volksmassen mit Erfolg durch Vernunftsgründe und gütliches Zureden zu regieren, wenn dem Volk die Möglichkeit*

*des Widerspruchs zusteht, der zwar unsinnig erscheinen mag, dem oberflächlich urteilenden*

*Volk aber angenehm dünkt? Der große Haufe, der sich ausschließlich von seichten Leidenschaften, Aberglauben, Gewohnheiten, Überlieferungen und gefühlsvollen Lehrsätzen*

*leiten läßt, verstrickt sich in den Parteigeist, der jede Möglichkeit einer Verständigung ausschließt, wenn sie auf Grund gesunder Vorschläge angebahnt wird. Jede Entscheidung der Masse hängt von einer zufälligen oder künstlich zusammengebrachten Mehrheit ab, die sich, in Unkenntnis der Schliche in der Staatskunst, zu den törichtsten Entschlüssen hinreißen läßt und so den Keim der Gesetzlosigkeit in die Staatsverwaltung legt.*

*Die Staatskunst hat mit dem Sittengesetz nichts gemein. Ein Herrscher, der an der Hand des Sittengesetzes regieren will, versteht nichts von der Staatskunst und ist daher keinen Augenblick auf seinem Thron sicher. Wer regieren will, muß mit List und Heuchelei arbeiten. Hohe völkische Eigenschaften – Ehrbarkeit und Offenheit - sind Klippen für die Staatskunst, denn sie stürzen besser und sicherer vom Thron als der stärkste Feind. Diese Eigenschaften*

*mögen die Kennzeichen der nicht illuminierten Reiche sein. Wir dürfen uns niemals von ihnen leiten lassen. Unser Recht liegt in der Stärke.*

*Das Wort »Recht« ist ein künstlich gebildeter und durch nichts bewiesener Begriff. Es bedeutet nicht mehr als: »Gebt mir, was ich wünsche, damit ich einen Beweis dafür habe, daß ich stärker bin als ihr.«*

### **Der Zweck heiligt die Mittel**

*Wo fängt das Recht an? Wo hört es auf? In einem Staat, in dem die Macht schlecht geregelt ist, in dem die Gesetze und der Herrscher durch zahlreiche Rechte des Freisinnes machtlos*

*geworden sind, schöpfe ich ein neues Recht: mich nach dem Recht des Stärkeren auf die Verwaltung zu stürzen, meine Hand auf die Gesetze zu legen, alle Einrichtungen umzubilden und der Herr derer zu werden, die uns ihre Macht freiwillig aus »Liberalismus« überlassen*

*haben.“*

Ganz besonders kommt es darauf an einen gesunden und folgerichtig denkenden Geist zu besitzen um gegen die wissenschaftlich ausgearbeiteten Pläne der Gegner der Menschheit bestehen zu können. Man muss begreifen, dass ein positiver Geist nicht kontrolliert werden kann. Positiv ist ein Geist nicht, wenn er sich z.B. so weit wegduckt, dass ihm all das andere Leid, was Menschen ertragen müssen, egal wird um sein eigenes Überleben in hoher Glückseligkeit zu sichern.

Das Prinzip, das gegen die Menschen arbeitet ist unterlegt mit der Zerstörung , hier insbesondere der lebensnotwendigen Infrastrukturen durch Krieg. Materialismus in Form „meine Frau; mein Haus; mein Auto; mein Boot“, und Täuschung, insbesondere in Form der wirksamsten, der Halbwahrheit.

Genau deswegen braucht es wieder das mit Hilfe der Umerziehung unterdrückte Selbstbewusstsein

der Menschen in Verbindung mit dem gesunden Menschenverstand, der eine gehörige Portion Vernunft beinhaltet. Es braucht einen reinen Glauben, der Teil der reinen Vernunft ist. Es braucht einen Menschen, der bereit ist zu verstehen, dass er sich Pflichten unterwerfen muss, die ihm seine Rechte aufgeben.

Es braucht also einen Menschen in seiner Gesamtheit des Staates um seine Freiheit, die den Schutz seiner Familie und seines Eigentums gewährleistet. So führe ich immer wieder folgend aus:

*„Das Menschsein des Menschen geht in der Gemeinschaft auf, die durch den Staat zusammengehalten wird. Somit ist die Freiheit gesichert, denn der Zweck des Staates ist in Wahrheit die Freiheit. Die wahre Freiheit besteht in der Bindung aller Menschen an die Gesetze. Wie aber kann der staatliche Zwang Freiheit sein?“*

***Indem der allgemeine Wille der Volksherrschaft (Demokratie) zu Grunde liegt.***

*Weil der Einzelne seinen eigenen Willen einem Staatsvertrag (Verfassung) unterwirft, unterwirft er sich seinem eigenen Willen. So kommt auch schon Rousseau zum Lehrsatz der Volksherrschaft. Im selben Augenblick erhält der Einzelne eine verstärkte Kraft um sich zu behaupten, um das was er hat zu bewahren, also seine Familie, sein Leben und sein Gut. Der Mensch gehorcht also letztendlich den Zwängen, die er sich selbst auferlegt, ist somit frei und lebt im Schutze der Gemeinschaft und der Rechtsstaatlichkeit. Rechtsstaatlichkeit wiederum bedeutet die Einhaltung der Gesetze eines Staates und seit Hunderten von Jahren internationalen Vereinbarungen, die man heutzutage als Völkerrecht bezeichnet.“*

Dies bedeutet, dass die Menschen des deutschen Volks sich eine volksherrschaftliche Verfassung gegen müssen, um damit ihre Gesamtheit, den Staat, neu zu organisieren. Neu organisieren des Zusammenlebens mit Regeln. Diese Neuorganisation bedeutet, die Gesellschaft der Menschen in ihrer Gemeinschaft festzuschreiben; festzuschreiben wie sie zu funktionieren hat.

Und genau dazu brauchen die Menschen des deutschen Volks ihre selbstbewusste Eigenverantwortung um gut denken, gut reden und gut handeln zu können.

Olaf Thomas Opelt

[Staatsrechtlicher Bürger der DDR](#)

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

[Bundvfd.de](#)